

## ENTSCHLIESSUNGSAНTRAG

der Abgeordneten Dr. Strutz  
und weiterer Abgeordneter

betreffend angedrohte Spitalsschließungen

eingebracht zu TOP 6, Bericht des Gesundheitsausschusses über die Regierungsvorlage (779 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Ärztegesetz 1998 (14. Ärztegesetz-Novelle), das Zahnärztegesetz, das Bundesgesetz über Krankenanstalten und Kuranstalten, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz (72. Novelle zum ASVG), das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Bundesgesetz über die Sozialversicherung freiberuflich selbständig Erwerbstätiger, das Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, das Hebammengesetz, das MTD-Gesetz und das MTF-SHD-Gesetz geändert werden (Bundesgesetz zur Stärkung der ambulanten öffentlichen Gesundheitsversorgung) (853 d.B.), in der 74. Sitzung des Nationalrates am 9. Juli 2010

*Ich bin dafür, dass man bei Krankenhäusern unter 300 Betten überprüft, ob die überhaupt sinnvoll sind. ... Das heißt auch, dass man kleine Spitäler schließen muss",..., so SPÖ-Finanzstaatssekretär Schieder am 8. Juni 2010.*

Anfang Juni 2010 hat für viele Bürger völlig grundlos und ohne scheinbaren Zusammenhang SPÖ-Finanzstaatssekretär eine Schließung von „kleineren“ Spitalsstandorten als Mittel zur Kosteneinsparung und zur Budgetsanierung gefordert.

Auslöser für den Versuch des Finanzstaatssekretärs sich als Gesundheitspolitiker zu etablieren, ist offensichtlich ein Bericht der Expertengruppe zur Verwaltungsreform, wonach 81 von 130 öffentlichen Spitäler weniger als 300 Betten haben - was zu "Kostennachteilen" führe, weil kleine Spitäler nicht so effizient geführt werden können wie große.

Von Kanzler Werner Faymann kam in einer ersten Reaktion Unterstützung für Schieder: *Man solle nun mit den Ländern darüber in Gespräche treten.*

ÖVP-Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka lehnte den Vorschlag indes als "Radikalvariante" ab. SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Oberhauser warf ihm daraufhin eine "bewusste Missinterpretation" vor.

Laut ÖVP-Gesundheitssprecher Abg. Dr. Erwin Rasinger müsse jedes Bundesland für sich beantworten, welche Strukturen sinnvoll seien.

Nach massiver Kritik seitens der Opposition ist die Regierung von den Drohungen von Spitalsschließungen und gegenseitigen Beschuldigungen zurückgerudert und hat sich großteils gegen die Schließung von Spitalsstandorten ausgesprochen.

Schieders Kollege im Finanzministerium, ÖVP-Finanzstaatssekretär Reinhold Lopatka ist gegen das Zusperren von kleinen Spitälern unter 300 Betten. Lopatka: "81

*kleine Spitäler einfach zuzusperren, das ist eine Radikalvariante, die hier sicher nicht der beste Weg ist." ...*

Der Vorsitzende der Bundesvertretung 9 - Gesundheits- und Sozialberufe in der GÖD - Johann Hable weist die Aussagen des Staatssekretärs Andreas Schieder auf das Entschiedenste zurück.... Ersatzlose Schließungen von Krankenanstalten und Abteilungen seien kein Gesundheitskonzept.

Und auch SPOÖ-Vorsitzender Ackerl ist gegen eine einseitige Zusperrdiskussion im Spitalsbereich; *"Bei diesen Überlegungen handelt es sich um Einzelmeinungen von Bundeskanzler und Finanzstaatssekretär. Mir ist nicht bekannt, dass diese Linie durch interne Parteiengespräche, geschweige denn durch Beschlüsse, gedeckt ist!"*

Für die Länder sind offenbar die jetzigen Strukturen sinnvoll: Salzburgs SPÖ-Landeshauptfrau Gabi Burgstaller sprach sich gegen Spitalsschließungen aus.

Im ÖVP-Niederösterreich, wo in Baden und Mödling zwei Spitäler innerhalb von zehn (!) Kilometern gebaut werden, sprach ÖVP-Gesundheitslandesrat Wolfgang Sobotka von "skandalösen SPÖ-Plänen".

Patientenanwalt Gerald Bachinger fordert, dass es zunächst zu einem Ausbau des niedergelassenen Bereiches sowie zu finanziellen Anreizen für Ärzte kommt, um die Patienten so lange wie möglich in der Ordination zu behandeln. Ebenso notwendig hält er eine bessere Steuerung der Ansiedelung von Ärzten und Ärztezentren und den Ausbau von Pflegeheimen. Ferner tritt Patientenanwalt Bachinger für eine Finanzierung des Gesundheitssystems aus einer Hand ein.

Gesundheitsminister Alois Stöger von der SPÖ schlug in einer ersten Reaktion eine Umwandlung einiger Spitäler in Altersheime vor. Erst am 10. Juni 2010 stellte Gesundheitsminister Stöger fest, dass er zu allen Standorten in Österreich stehe und dass für ihn kein Standort zur Diskussion stehe. Und – laut Stöger sind die heftig kritisierten Aussagen seines Parteikollegen Finanzstaatssekretär Andreas Schieder "missinterpretiert" worden.

Im Moment ist die Diskussion um die Schließung von Krankenhäusern zwar wieder – nicht zuletzt aufgrund der anstehenden Wahlen in der Steiermark und Wien - in den Hintergrund getreten. Die Angst und die massive Verunsicherung in der Bevölkerung um die Zukunft der gesundheitlichen Versorgung in Österreich insbesondere im stationären Bereich bleiben.

Daher stellen die unterfertigten Abgeordneten daher folgenden

### **Antrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Der Bundesminister für Gesundheit wird aufgefordert,

1. die derzeitigen Standorte der Krankenhäuser inklusive der verschiedenen notwendigen Abteilungen aufrechtzuerhalten,
2. im Ernstfall schwer defizitäre Krankenhausstandorte einer Evaluierung zu unterziehen und entsprechend den Anforderungen zu adaptieren,

3. die nachhaltige finanzielle Sicherung des österreichischen Gesundheitswesens durch die Zusammenlegung von Krankenkassen sowie die Finanzierung aus einer Hand sicherzustellen,
4. die Realisierung eines flächendeckenden Case Managements im österreichischen Gesundheitswesen sicherzustellen,
5. die umgehende Streichung der Selbstbehalte für Kinder unter 18 Jahren bei einem stationären Aufenthalt sicherzustellen.“

luk  
Joh  
Max

g/z